Vergesst den Atomkompromiss!

Nach der Laufzeitdebatte muss die Politik nun die wirklichen Herausforderungen angehen. Dazu gehören die Ausweitung des Emissionshandels und ein Förderkonzept für erneuerbare Energien **VON OTTMAR EDENHOFER**

Sollen die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängert werden und wenn ja, wie lange? Schon diese Fragen sind falsch gestellt, denn sie lösen nur jene pawlowschen Reflexe aus, die wir uns in den 80er-Jahren adressiert haben. Ein Blick auf die Energieszenarien der Bundesregierung zeigt, dass die Verlängerung der Laufzeiten um vier, zwölf oder gar 28 Jahre den Strompreis für den Großteil der Verbraucher kaum senken würde. Und nähmen wir die Kernkraftwerke früher vom Netz, könnten zwar vorübergehend mehr Stromimporte aus dem europäischen Ausland notwendig werden. Die Energiesicherheit würde das aber nicht beeinträchtigen. Ein Verzicht auf Stromimporte hätte für Deutschland ohnehin einen hohen Preis, da die kostengünstigen Standorte für Sonne, Wind und Biomasse nicht im Land liegen. Auch ambitionierte Klimaziele ließen sich durch den Ausstieg aus dem Ausstieg nicht wesentlich kostengünstiger erreichen. Es gibt also keine Notwendigkeit für eine Laufzeitverlängerung.

Politisch hat die Bundesregierung aber nun einen Kompromiss gefunden. Zwölf Jahre dürfen die Kernkraftwerke im Durchschnitt länger laufen. Ob diese rechtliche Laufzeitverlängerung nun tatsächlich ausgeschöpft wird, hängt entscheidend von den Nachrüstkosten ab, die die Politik den Stromerzeugern auferlegt: Je höher die Sicherheit gewichtet wird, umso eher werden Atommeiler vom Netz gehen. Dennoch, die Laufzeitverlängerung bleibt ein Geschenk der Bundesregierung an die Stromerzeuger. Es ist

daher richtig, wenn diese einen Teil ihrer Zusatzgewinne für die Förderung der erneuerbaren Energien abgeben müssen.

Aber die Verlängerung der Laufzeiten ist noch kein Energiekonzept. Nun muss sich die Bundesregierung den wirklichen Fragen zuwenden. Denn für ein nachhaltiges Energiesystem müssen vor allem die Effizienz drastisch gesteigert und die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. Doch diese Forderungen zu erheben ist leichter, als sie umzusetzen.

So weisen Fachleute einmütig darauf hin, welche enormen Effizienzpotenziale ungenutzt in Gebäuden, Autos und fossilen Kraftwerken stecken. Dennoch, die Energieproduktivität steigt immer noch langsamer als etwa die Arbeitsproduktivität. Dafür mag es viele Gründe geben, entscheidend ist jedoch, dass Energiesparen zu geringe Rendite bringt.

Das würde sich jedoch ändern, wenn es in Europa einen alle Sektoren umfassenden Emissionshandel gäbe. Bislang nehmen lediglich der Stromsektor und in gewissem Umfang die Industrie teil. Es ist kein Wunder, wenn an anderer Stelle kaum CO₂-Emissionen vermindert werden. Dabei liegt ein so einfaches wie wirksames Konzept auf dem Tisch: Wird Öl, Kohle oder Gas aus dem Boden geholt oder in die EU importiert, müssten Zertifikate gleich miterworben werden. Auf diese Weise könnten alle Sektoren ohne großen Verwal-

tungsaufwand in den Emissionshandel integriert werden.

Obwohl die erneuerbaren Energien indirekt von einem verbesserten Emissionshandel profitieren würden, gibt es eine Reihe ökonomisch vernünftiger Gründe, sie zumindest zeitweise darüber hinaus zu fördern. Denn es sind zumeist „lernende Technologien“. Das heißt, je mehr Kapazität installiert wird, umso kostengünstiger werden sie. Im vergangenen Jahrzehnt sind beispielsweise die inflationsbereinigten Kosten pro Kilowatt-

Die Laufzeitverlängerung bleibt ein Geschenk an die Versorger

stunde Strom aus Solarzellen um 30 bis 50 Prozent gesunken. Jeder, der in erneuerbare Energie investiert, trägt dazu bei, dass die Kosten auch für alle anderen Marktteilnehmer sinken. Denn technisches Wissen, etwa über effizientere Windräder, lässt sich nicht vollständig patentieren und kommt auf lange Sicht der ganzen Branche zugute. Es wird zu wenig in lernende Technologien investiert, weil die Investoren nur einen Teil der Rendite einstreichen können.

Wie gut die erneuerbaren die fossilen Energieträger ersetzen können, hängt letztlich davon ab, wie gut sie sich in die Stromversorgung integrieren lassen. Ohne Förderung würden die dazu notwendigen Investitionen ausbleiben. Doch die Anreize für den Systemwechsel sind für die privaten Investoren noch zu gering. Wenn Europa eine kostengünstige Energieversorgung will, muss dieser Systemwechsel durch Förderung

vorangetrieben werden. Und das ist eine europäische Aufgabe: Die EU könnte Mengenziele für die erneuerbaren Energien festlegen und diese Verpflichtungen handelbar machen, auch unter Einbeziehung der nordafrikanischen Mittelmeerländer. Es würde Sonne in Andalusien, Biomasse in Polen und Wind auf der Nordsee genutzt, um das Potenzial der Erneuerbaren dort auszuschöpfen, wo die Kosten am geringsten sind. Die Festlegung einer „Erneuerbaren-Quote“ würde auch verhindern, dass die Verlängerung der Laufzeiten die erneuerbaren Energien verdrängt.

Es ist erstaunlich, wie viel über die Erneuerbaren geredet wird und wie wenig die Fragen der Netzintegration, der Infrastrukturinvestitionen und der Förderinstrumente bislang geklärt sind. Es ist ein richtungweisender Schritt, die zusätzlichen Gewinne aus der Laufzeitenverlängerung verbindlich in die Forschung für erneuerbare Energien – aber auch für Speichertechnologien – zu investieren. Aber nun ist es höchste Zeit, den europäischen Emissionshandel konsequent zu erweitern, ein verbindliches europäisches Mengenziel für die erneuerbaren Energien festzulegen und die Fragen der Netzintegration zu klären. Nur so können wir uns für die energiepolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte wappnen.

OTTMAR EDENHOFER ist stellvertretender Direktor und Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vermeidung des Klimawandels“ des Weltklimarats IPCC und Professor an der TU Berlin.